

Laibacher Zeitung.



Nr. 275.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 6-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7-50.

Freitag, 29. November.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere pr. Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1878.

Amtlicher Theil.

Am 27. November 1878 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe der am 23. Juni, 7., 22. August, 3. September, 17. und 19. Oktober 1878 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen Stücke XXV, XXXVIII, XLI, XLIII, XLVI und XLVII des Reichsgesetzes ausgegeben und versendet.
(„Wtr. Ztg.“ Nr. 279 vom 27. November 1878.)

Nichtamtlicher Theil.

Zeitungsschau.

Der bekannte Beschluß des Budgetausschusses der Reichsrathsdelegation, über die Nachtragsforderung in betreff der Occupationskosten für 1878 zunächst zur Tagesordnung überzugehen, findet seitens der Wiener Blätter eine getheilte Beurtheilung.

Ganz mit demselben einverstanden erklären sich die „Neue freie Presse“, welche den Delegierten Herbst zu seinem Vorgehen geradezu beglückwünscht, dann das „Tagblatt“, welches den Grafen Andrássy auffordert, nachzudenken, ob sein Bleiben oder Gehen ersprießlicher für den Staat wäre, endlich die „Deutsche Zeitung“, die dem Grafen Andrássy keine Alternative läßt als: „se sousmettre ou se démettre“.

Entschiedenere Verurtheilung begegnet dagegen jener Beschluß und die darin zutage tretende Taktik seitens der „Presse“, des „Fremdenblatt“, des „Extrablatt“ und der „Morgenpost“. Die „Presse“ nennt den Beschluß einen „Staatsfrech der cisleithanischen Opposition“, da ja die Genehmigung des Vertrages durch den Reichsrath außer Frage steht, weshalb der Conflict provociert wurde, und überläßt den Urhebern des Letztern die Verantwortung für denselben.

Das „Fremdenblatt“ erklärt es für gefährlich für den jungen Parlamentarismus in Oesterreich, wenn der Reichsrath Rechte fordert, die kein Parlament einer anderen Großmacht, nicht einmal das englische, in Anspruch nimmt. Es nennt ferner den gefaßten Beschluß angesichts der Unmöglichkeit einer Ablehnung des Berliner Vertrages „eine advocatistische Rechthaberei, die im schreienden Gegensatz zum Ernste der Zeit steht, eine sophistische Streiterei“, für die die Bevölkerung kein Verständnis und keine Zustimmung habe. Das „Extrablatt“ spricht von jenem Beschlusse mit einer „aus Besorgnis, Scham und Unwillen gemischten Empfindung“ und erklärt gleichfalls, daß das Volk weder Sympathie noch Verständnis für eine Taktik besitze, die unter dem Vorwande, constitutionelle Haare zu spalten, mit ihren Kompetenzbedenken die Grund-

lagen des Verfassungslebens lockert“. Die „Morgenpost“ endlich bezeichnet den „Sieg“ des Delegierten Herbst als „Pyrrhus-Sieg“ und die Stimmung der Bevölkerung als die der „Verblüffung“. Sie beklagt Oesterreich, dessen Schritte die Bleifugel ewigen Kompetenzkriege hemme, mißbilligt die Provocierung eines Verfassungsconflictes und profetisiert, daß man auf diesem Wege der Reaction in die Hände fallen werde, indem sich die dualistische Monarchie als eine Unmöglichkeit herausstellen werde.

Die „Vorstadt-Zeitung“ gibt scharfer Gegnerschaft gegen die Person des Grafen Andrássy Ausdruck, ist aber überzeugt, daß der Reichsrath mit dem Berliner Vertrage so verfahren werde, „wie es angesichts der vollzogenen Thatfachen das Ansehen und die Interessen des Reiches erheischen.“

Der gemeinsame österreichisch-ungarische Staatshaushalt.

Der vom Delegierten Newwirth als Referenten erstattete Bericht des Budgetausschusses der österreichischen Delegation über die Schlussrechnung des gemeinsamen Haushaltes der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1876; ferner über die Erstreckung des Verwendungs- und Verrechnungstermines rückichtlich einiger Dotationsreste aus den Jahren 1872 und 1875, enthält in seinen wesentlichsten Stellen folgende Ausführungen:

Bei Prüfung der Gebarung in dem gemeinsamen Haushalte der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1876 gelangt man vor allem zu der Ansicht der Finanzlage beider Reichstheile doppelt betäubenden Wahrnehmung, daß seit der Führung dieses Staatshaushalts in seiner derzeitigen Gestalt, demnach seit 1868, noch kein Jahr mit einem derart ungünstigen Ergebnisse abgeschlossen hat, wie eben das Jahr 1876.

Mehr als die Hälfte der Summe, in welcher der ungünstige Erfolg des Jahres 1876 zum Ausdruck kommt, stellt sich in der That als eine Folge von Momenten dar, welche nicht bloß unvorhergesehener Art sind, sondern sich auch der Einflußnahme und Verantwortlichkeit seitens der gemeinsamen Regierung grundsätzlich entziehen. Die Thatfache an sich bleibt gleichwol eine solche, welche ernstestes Nachdenken anregt. Allerdings ist die Erscheinung, daß der vorweg zur Bedeckung der gemeinsamen Ausgaben bestimmte Reinertrag des Sollgefälles sehr beträchtlich hinter den ausgesprochenen Erwartungen zurückbleibt, keine neue, und auch die Ursache dieser Erscheinung ist die gleiche geblieben.

Man steht hier unleugbar vor Verhältnissen, deren Fortdauer bei dem großen Einfluß, den dieser

Theil des Voranschlages auf den schließlichen Erfolg jeder Jahresgebarung übt, nothwendig jedem dieser Voranschläge den Stempel der bewußten Unverlässlichkeit aufdrücken und bei der Eigennatur des gemeinsamen Budgets, welches seine Abgänge nicht selbst bedeckt, sondern sich auf die Einzelbudgets der beiden Reichstheile stützt, die Sorgen fortwährend potenzieren würde, welche die beiden Legislativen in Bezug auf die Bedeckung des leider ohnehin alljährlich wachsenden Deficits bedrückt. Ohne den Kompetenzkreis aus dem Auge zu verlieren, welchen die gegebenen Verfassungsnormen den Delegationen vorschreiben, glaubt der Budgetausschuß aus der Bedeutung der angeführten Thatfachen für den gemeinsamen Voranschlag doch die Berechtigung zu dem Wunsche holen zu dürfen, daß auf Grund der gegebenen legislativen Voraussetzungen nichts verabsäumt werden möge, was geeignet sein könnte, eine Aenderung der dargelegten Verhältnisse herbeizuführen.

Nächst dem Factor der Mindereinnahmen kommt bei Beurtheilung des ungünstigen Erfolges des Jahres 1876 der Factor der Mehrausgaben in Betracht zu ziehen. Auch in dieser Beziehung unterscheidet sich leider das Jahr 1876 in überaus nachtheiliger Weise von allen vorausgegangenen Jahren.

Bezüglich des Aufwandes an Unterstützungen für die Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegowina, welcher im Jahre 1876 die Höhe von 2.122.097 fl. erreicht hat, äußert sich der Bericht: „In formeller Beziehung aber und insoweit es sich um die Verrechnung der aus den gemeinsamen Activen bestrittenen Ausgabssummen handelt, kann der Budgetausschuß in Uebereinstimmung mit dem Standpunkte, welchen er diesfalls anlässlich der Schlussrechnung für 1875 eingenommen hat, es nur richtig finden, daß diese Summe in die für den gemeinsamen Haushalt des Jahres 1876 verwendete Gesamtsumme, welche der Berechnung der auf die beiden Reichshälften entfallenden Quotenbeiträge zur Grundlage zu dienen hat, einbezogen, nicht aber als Abzugspost von derselben behandelt wird. Indem die Delegation auf solche Weise die Thatfache, daß jene Summe den gemeinsamen Activen entnommen wurde, auch diesmal einfach zur Kenntnis nimmt, ohne über die Art der Bedeckung dieser Ausgabspost anlässlich der Schlussrechnung eine Entscheidung zu fällen, wahrt sie die Competenz der gesetzgebenden Vertretungskörper beider Reichstheile, welchen allein die Verfügung über die Centralactiven zusteht, und wird die Abrechnung bezüglich dieser den Centralactiven entnommenen Summe zwischen den beiden Reichstheilen selbst auf Grund des gesetzlichen Quotenschlüssels zu erfolgen haben.“

Der Budgetausschuß stellt den Schlussantrag: Die hohe Delegation wolle dem Beschlußentwurfe, be-

Feuilleton.

Das Familienrecht in Bosnien.

„Das patriarchalische Familienleben der Südslaven“ — so beginnen verschiedene, allenthalben verbreitete aphoristische Glaubenssätze, wenn vom Familienleben der sogenannten interessanten Nationalitäten auf der Balkan-Halbinsel die Rede ist. Und doch ist die Bezeichnung „patriarchalisch“ nur ein sorgfältig verbreitetes Vorurtheil, dem wir eine thatsächliche Widerlegung durch die Darstellung des Familien- und Hausrechtes widmen wollen. Bekanntlich ist in der patriarchalischen organisierten Familie der Familienvater oder der Älteste der Familie das Haupt des Gemeinwesens, und ihm, dem unbeschränkten Herrn, gehorcht alles, denn sein Wille ist der allein maßgebende. Ganz anders in Bosnien, der Herzegowina, theilweise noch in Serbien und überhaupt in allen von modernen europäischen Einrichtungen noch unbeeinflussten südslavischen Gebieten. Dort herrscht unter den socialen Formen die Hauscommunio vor, deren Satzungen als überliefertes, ungeschriebenes Gewohnheitsrecht das Familienleben bestimmen und zusammenhalten. Die Hauscommunio hat durchaus nichts Patriarchalisches, also nichts Absolutistisches an sich; sie ist vielmehr eine fideicommissarische, communistische Institution. Weil sie aber nur als Tradition mit allen Schattungen des Gewohnheitsrechtes auftritt, so erscheint die Hauscommunio nicht überall bei den Slaven

zwischen der Adria und dem Pontus unter denselben Formen. Im folgenden soll daher nur davon die Rede sein, was über die Hauscommunio in Bosnien und der Herzegowina als allgemeine Regel gilt.

Die Hauscommunio, meist Zadruga genannt, ist bekanntlich die Verbindung einer Reihe von Familiengliedern oder selbst mehrerer verwandter Familien in unserem Sinne zu gemeinsamer Haushaltung und Güterverwaltung bei Untheilbarkeit des unbeweglichen Vermögens, ohne indeß den Nebenverdienst des Einzelnen zu verhindern. Die Zadruga ist keine spezielle Institution des serbo-kroatischen Stammes und nicht mit dem christlichen Glaubensbekenntnisse direkt zusammenhängend. Die Hauscommunio findet sich bei allen christlichen Südslaven in Bosnien und der Herzegowina, aber auch bei den Muhamedanern vor. Die Zahl der Mitglieder einer Hauscommunio ist selbstverständlich sehr verschieden; zehn bis fünfzehn sind das Minimum, sechzig bis siebenzig das Maximum und zwanzig bis fünfundsiebenzig die durchschnittliche Zahl der Mitglieder der Hauscommunio. Wachsen diese Zahlen zu rasch oder wird gar das Maximum überschritten, dann tritt leicht die Theilung des Gesamtvermögens zur Neubildung einer zweiten Zadruga ein. Ganz besonders in solchen Fällen kann es vorkommen, daß in einem Weiler oder in einem kleinen Dorfe alle Bewohner denselben Familiennamen führen. Indessen ist die Hauscommunio durchaus nicht die einzige Form des südslavischen Familienlebens, es kommen häufig genug Fälle vor, in denen ein Haus, wie bei uns, infolge vorgegangener Theilung nur von einer einzigen Familie

bewohnt wird. Jedenfalls ist aber die Zadruga die ursprüngliche nationale Institution, welche für das Studium des Volkscharakters, der Sitten und Gebräuche entscheidend bleiben muß. Daß man im Fürstenthume Serbien darauf vergessen und europäische sociale Einrichtungen der Familie und Gemeinde octroyierte, hat bereits seine üblen Früchte getragen, die kaum mehr zu verwirren sind.

An der Spitze der Hauscommunio steht der von der ganzen Familie zumeist aus der Reihe der älteren und würdigen Mitglieder gewählte Domacin. Er ist in der Regel verheiratet, muß aber durchaus nicht der Älteste aus der Familie sein, weil ja die Communio den Fähigsten und Würdigsten zu ihrem Vorstande wählt. Es kommt daher, allerdings ziemlich selten und nur in Bosnien und der Herzegowina vor, daß eine Frau oder gar ein Mädchen der Hauscommunio vorsteht, und daß dem tüchtigen weiblichen Domacin alle Männer der Familie ohne Widerrede gehorchen. Bleibt der Domacin geschickt und rüstig bis an sein Lebensende, dann erlöst ihn allerdings erst der Tod von seiner Würde; ist er aber einmal hochbetagt und schwach, dann legt er freiwillig oder erst infolge einer Pression unzufriedener Familienmitglieder sein Amt zurück. Nach dem Ableben des Domacin erhebt die Communio am liebsten den ältesten Bruder des Verstorbenen an dessen Stelle, allein es kommt auch vor, daß die Wahl auf die tüchtige hinterbliebene Witwe fällt, welche dann wieder nach einer Reihe von Jahren ihre Würde mit Zustimmung der Communio an den mittlerweile großjährig gewordenen Sohn abgibt.

treffend die Ertheilung der Indemnität rückfichtlich der in der Schlußrechnung für das Jahr 1876 nachgewiesenen Ueberschreitungen, ihre Zustimmung ertheilen — und gleichzeitig die Verwendung und Verrechnung der im Artikel 2 dieses Beschlussesentwurfes angeführten Kreditreste aus den Jahren 1872 und 1876 bis zum Schlusse der Gebarungperiode 1877 genehmigen.

Der Einmarsch der Rumänen in die Dobrudscha.

Die Besignahme der Dobrudscha durch Rumänien ist seit drei Tagen zur Thatfache geworden. Die rumänischen Truppen sind bekanntlich am 26. d. M. in die Dobrudscha eingerückt, und zwar ohne daß die von Rußland verlangte Convention zu stande gekommen ist. Wie man aus Bukarest meldet, hat die rumänische Regierung erklärt, die auf Rumänien bezüglichen Bestimmungen des Berliner Vertrages genau auf die Dobrudscha anzuwenden; infolge dessen kam von Livadia der Befehl an die russischen Functionäre in der Dobrudscha, der Occupation keine Hindernisse in den Weg zu legen. Außer der Stappenstraße hatte Rußland auch noch die Befugnis zur Anlegung von Strandbatterien verlangt.

Fürst Carol ist am Morgen des zum Einmarsche bestimmten Tages in Begleitung des Ministerpräsidenten Brătianu in Braila eingetroffen, wo er mit großer Begeisterung von der Bevölkerung empfangen wurde. Der Donau-Übergang der rumänischen Truppen wird drei Tage dauern. Die Frage des Durchmarsches der russischen Truppen, die in der letzten Zeit den Gegenstand vielfacher Discussionen und diplomatischer Erörterungen gebildet hat, ist nun in dem Sinne, wie dies bereits auch vom Grafen Andrassy in seiner Antwort auf die Falf'sche Interpellation hinreichend präcisiert worden war, erledigt worden, indem das Petersburger Kabinett von seinen weitergehenden Forderungen Abstand genommen hat und sich mit der Anwendung des § 22 des Berliner Vertrages auf Neu-Rumänien begnügt.

Das Uebereinkommen hat in dem Austausch von Noten Ausdruck gefunden, welche folgende Erklärung enthalten: „Die Abmachungen, welche heute den Durchmarsch der russischen Armee durch Rumänien regeln, können und sollen auch in jenen ihrer Bestimmungen auf die Dobrudscha angewendet werden, die auf die Verbindungen der kaiserlichen Truppen conform dem Artikel 22 des Berliner Vertrages Bezug haben.“ Der erwähnte Artikel lautet in Alinea II und III: „Die Dauer der Occupation Ostrumeliens und Bulgariens durch die russischen Truppen ist auf neun Monate, von dem Datum der Auswechslung der Ratification des gegenwärtigen Vertrages an, festgesetzt. Die russische Regierung verpflichtet sich, in einer weiteren Frist von drei Monaten den Durchmarsch ihrer Truppen durch Rumänien und die vollständige Räumung dieses Fürstenthums zu beenden.“

Der Verwaltungsapparat für die Dobrudscha wurde schon seit längerer Zeit von der rumänischen Regierung bereit gehalten. Die Beamten, darunter auch zwanzig Post- und Telegrafbeamte, befinden sich bereits in Braila und Kalarasch. Auch die Rechtspflege für die neue Provinz ist bereits organisiert. Letztere ist zu dem Zwecke in zwei Gerichtsprengel getheilt, jeder mit einem Präsidenten, zwei Räten, einem Supplenten, einem Procurator und einem Greffier mit den nothwendigen Gehilfen und dem Kanzleipersonale.

Nachdem der Domaciu nicht der unumschränkte Herr, sondern nur das gewählte Oberhaupt und der bevollmächtigte Präsident der Hauscommunion ist, so muß er sich mit derselben in allen wichtigen Entscheidungen in Uebereinstimmung befinden. Die Hauscommunion kann demnach, wenn sie aus der Thätigkeit des Domaciu große Verluste oder gar den Ruin des ganzen Gemeinwesens befürchtet, denselben seiner Würde entsetzen, wozu allerdings der einstimmige Beschluß der Hauscommunion erforderlich ist. Findet sich nur eine starke Minorität gegen den Domaciu zusammen, die sich unter keiner Bedingung demselben fügen will, so tritt wol eine Trennung und Theilung der Hauscommunion ein, wozu nur im äußersten Nothfalle die Hilfe und Entscheidung der Behörde angerufen wird.

Der Domaciu repräsentiert die Hauscommunion in allen ihren auswärtigen Angelegenheiten. Er tritt sie vor dem Pfarrer, vor der Gemeinde, wie auch vor den politischen Behörden. Er ist verantwortlich für die pünktliche Entrichtung aller Abgaben, er verwaltet das gemeinsame Geld und Gut, er schließt im Namen der Communion Käufe und Verträge ab, hat in manchen Gegenden sogar das Recht, bewegliches, niemals aber unbewegliches Gut zu veräußern. Der Domaciu theilt wol jedem Familiengliede seinen Wirkungskreis zu, aber er darf ebenso wenig in allen Dingen und von allen einen unbedingten Gehorsam verlangen, wie er auch nach außen nicht für jedes einzelne Familienmitglied verantwortlich ist — denn er ist nur der primus inter pares.

(Schluß folgt.)

Die Gerichtspräsidien werden ihren Sitz in Tultscha und Rüstendtsche haben; außerdem soll für jede größere Ortschaft ein Einzelrichter ernannt werden. Die Rechtspflege wird somit nach dem rumänischen Gesetzbuche von rumänischen Richtern gehandhabt werden.

Zur Fürstenwahl in Bulgarien.

Aus St. Petersburg kommt die bemerkenswerthe Nachricht, daß der russische Generalgouverneur von Bulgarien, Fürst Dondukoff-Korjakoff, dessen Neben in Bulgarien so viel Unheil angerichtet haben, in der That ad audiendum verbum Caesaris nach Livadia berufen worden sei. Der Kaiser beabsichtige, ihn ausdrücklich anzuweisen, daß er alle zweideutigen Aeußerungen gegenüber Bulgarien unterlasse und sich strikte an die Instructionen halte, welche ihm betreffs der Organisation Bulgariens in Ausführung des Berliner Vertrags ertheilt worden seien. Noch vor seiner Abreise nach Livadia traf Fürst Dondukoff-Korjakoff alle Maßregeln, um die längst in Aussicht genommene bulgarische Nationalversammlung zum Zwecke der Fürstenwahl in kurzer Frist einberufen zu können. Mit Bezug hierauf schreibt man der „Pol. Kor.“ aus Sofia, 19. d. M.:

„Die Absicht des Generalgouverneurs geht dahin, an dem Wahlacte, an welchen sich doch so vitale Landesinteressen knüpfen, das eigentliche Volk so wenig als möglich sich theilnehmen zu lassen. Die erste Nationalversammlung soll einfach aus den Mitgliedern der Stadtrepräsentanten und der Bezirksverwaltungen bestehen, welchen man doch kaum einen selbständigen Willen, noch weniger aber eine selbstbewußte nationale Richtung zutrauen könnte. Die Administrationskörper sind durchgehends aus jenen Jungbulgaren gebildet worden, welche General Ignatieff so recht im Geiste seiner politischen Velleitäten dressiert hat und die sich auch als ganz brauchbare Werkzeuge der russischen Politik erwiesen haben. Daß ein so zusammengesetztes Wahlcollegium durchaus keine Garantien für die Berücksichtigung des nationalen Gedankens bieten kann, welcher sich bereits mächtig im Volke zu regen beginnt, ist ohneweiters klar. Wenn daher die bulgarische Zeitschrift „Bulgaria“ (Der Bulgare) in ungewöhnlich scharfer Weise gegen einen solchen Wahlkörper zu Felde zieht, so spricht sie aus dem Herzen und aus der Seele aller selbstbewußten Volksschichten. „Diese Stadcollegien und Bezirksbeamten“, sagt das erwähnte Blatt, „sind nicht das Volk, dessen Wünsche und Gefühle nur Männer aus der Mitte der Nation verdommeten können.“

„Dieser Protest gegen die Wahlpolitik des Fürsten Dondukoff fand einen mächtigen Wiederhall in den Massen, welche sich gegen die Tendenz erheben, bei dem wichtigen Wahlacte des ersten Fürsten von Bulgarien das eigentliche Volk zu ignorieren. Da man aber allgemein der Annahme huldigt, daß das geringe Maß von factischer Pressfreiheit, welches die provisorische Regierung den Bulgaren gewährt, durchaus nicht ausreichen wird, um einen bestimmenden Einfluß auf den Chef der Administration auszuüben, so wurde im Kreise angesehener bulgarischer Patrioten beschlossen, jenseits der Donau, in Galaz oder Braila, ein Organ für die unverfälschten bulgarischen Interessen zu gründen, welches wenigstens für die Dauer der Thätigkeit der ersten Nationalversammlung dem Volke wesentliche Dienste leisten könnte.“

Tagesneuigkeiten.

— (Eisenbahn-Zusammenstoß.) Man telegraphiert der „N. fr. Pr.“ aus Pest: Ueber den bereits gemeldeten Eisenbahnunfall in der Station Rakos der ungarischen Staatsbahn ist folgendes noch zu berichten: Der Zusammenstoß erfolgte am 26. d. M. um 11 Uhr 3 Minuten nachts zwischen dem nach Erlau gehenden gemischten Zuge Nr. 16 und dem auf der Station Rakos haltenden Zuge Nr. 66, indem der Weichenwärter Wenzel Chmiel den Wechsel unrichtig stellte und dadurch den einfahrenden Zug auf das durch den erwähnten Lastzug verlegte Geleise dirigierte. Nach dem Zusammenstoße hörte man in den beschädigten Waggons Sammern und Hilfsrufe der Passagiere. Merkwürdigerweise war nur ein Waggon, und zwar der vierzehnte in der Reihe, zertrümmert worden, während die anderen zum Theile gar keine, zum Theile minder erhebliche Beschädigungen erlitten. In dem zertrümmerten Waggon befand sich eine Abtheilung des 140 Mann starken Reservistentransports vom Linien-Infanterieregimente Prinz Basa Nr. 60, welche, vom Kriegsschauplatz heimkehrend, auf dem Marsche in ihre Ergänzungsbezirks-Station Erlau begriffen waren. Drei der armen Soldaten wurden schwer, elf leicht verletzt, und mußten dieselben, nachdem ihnen von den auf telegraphischem Wege aus Pest requirierten Ärzten die erste Hilfe zutheil geworden war, in das hiesige Militär- und das Hochspital gebracht werden. In dieser Heilanstalt befinden sich die Infanteristen: Andreas Uzelmann, Ladislaus Kapitan, Franz Jakob, Alexander Paz, Johann Balko, Johann Kozaki und Johann Molnar. Außer diesen sollen noch mehrere Soldaten und Passagiere Verletzungen erlitten haben; doch dürften es sicherlich nur Contusionen von

geringem Belange gewesen sein, da sie sonst der Aufmerksamkeit der Aerzte und des auf dem Bahnhofe anwesenden Vize-Stadthauptmanns Szlavay nicht entgangen wären. Der an dem Unfall schuldtragende Weichenwärter hatte seinen Fehler sofort erkannt und die Flucht zu ergreifen gesucht, doch wurde er bald erriert und dem Strafgerichte übergeben, das heute vormittags zur Annahme des Thatbestandes unter Führung des Untersuchungsrichters Csery eine Kommission an Ort und Stelle entsendet hat. Diese Kommission begab sich schon um 7 Uhr morgens mittelst Extrazuges der ungarischen Staatsbahn an den Thatort, und die mehrstündigen Erhebungen ergaben thatsächlich, daß die ausschließliche Schuld an dem Unglücksfalle der bereits in Haft befindliche Wächter trage. Eine von der Direction der ungarischen Staatsbahn ausgegebene offizielle Notiz bestätigt alle diese Mittheilungen.

— (Der Untergang der „Pommerania“.) Wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, ist in der Nacht vom 25. auf den 26. d. M. der Hamburger Postdampfer „Pommerania“ unweit Folkestone, wo sich vor einigen Monaten die entsetzliche Katastrophe des „Großen Kurfürst“ zugetragen hat, mit einem anderen Schiffe zusammengestoßen, infolge dessen die „Pommerania“ binnen 20 Minuten versank, wobei leider eine große Anzahl Menschen, darunter der Kapitän mit zwei Schiffsoffizieren, ihr Leben verloren. Ein bei diesem neuesten furchterlichen Schiffsunglücke Geretteter telegraphiert hierüber aus Dover, 26. d. M., der „N. fr. Pr.“: „Die Collision der „Pommerania“ geschah in der Nähe von Dungeness, ungefähr drei Meilen von der Küste. Der Zusammenstoß fand im Mittelschiff auf der Steuerbordseite statt. Das Schiff sank in zwanzig Minuten; 109 Passagiere, 125 Leute von der Mannschaft, der Kapitän, der zweite und dritte Offizier sowie zwei Stewards gingen unter. Auf das Nothsignal eilte der Dampfer „Glenarry“ herbei. Die „Pommerania“ hatte neun Boote, wovon vier durch die Collision herabgedrückt wurden; die anderen fünf Boote wurden gelassen, allein eines sank überfüllt mit Passagieren unter. Der Kapitän weigerte sich trotz allen Zuredens das Schiff zu verlassen. Die Boote ruderten zwanzig Minuten und wurden dann vom „Glenarry“ aufgenommen. „Glenarry“ blieb beim Wrack bis zum Tagesanbruch, allein es wurden keine Menschen in der Nähe des Wracks gesehen. Die Masse der „Pommerania“ stiegen theilweise aus dem Wasser heraus. Die Gelandeten wurden nach Dover gebracht; die meisten Geretteten sind Zwischenbeck-Passagiere, da viele Passagiere in Plymouth und Cherbourg anstiegen. Die Passagiere erklären, es habe nach der Collision keine nismäßige Ordnung geherrscht. Ein Herr Louis Mann erzählt: „Ungefähr um Mitternacht spürte ich plötzlich einen Stoß, als wäre die „Pommerania“ auf einen Felsen aufgefahren. Die Stewards hießen uns auf Deck gehen; der Nebel war ungeheuer dicht. Ich konnte kein anderes Schiff sehen. Die Mannschaft ließ die Boote herab, was aber schwer ging. Die „Pommerania“ begann rasch zu sinken. Unter den Passagieren waren viele Frauen und Kinder; ich glaube, acht davon sind gerettet und ein kleines Kind ohne Mutter. Der Kapitän wollte durchaus nicht das Schiff verlassen, bis alle Passagiere in den Booten waren. Ich hörte ihn auf der Brücke kommandieren, als unser Boot abließ; wir sahen morgens zwei Masten. Die „Pommerania“ hatte genügenden Auslug auf der Brücke sowohl wie auf dem Vordertheil des Schiffes.“ Ein Herr Laner meint, es habe viel zur Confusion beigetragen, daß die Matrosen Plattdeutsch sprachen, was von den Passagieren nicht verstanden wurde.“

— (Berliner Briefträger.) Es ist berechnet worden, welche Touren ein Berliner Briefträger in seinem Leben zurücklegt. Nimmt man für den Tag drei Meilen an und für das Jahr nur 200 Tage Jahren, so gibt das in einem Jahre 600 Meilen, in 40 Jahren 24,000 Meilen; der Briefträger ist also zeitlich sechs mal um den Aequator gelaufen. Die weitere Rechnung ergibt, daß er in einem Tage einen Höhenmarsch von 1600 Fuß macht, in 200 Tagen des Jahres 320,000 Fuß und in 40 Jahren rund vier Millionen Meter; er hat also den 6500 Meter hohen Chimborasso über 600mal erklimmt.

Lokales.

— (Todesfall auf der Straße.) Eine aus Nasberten, Ortsgemeinde St. Marc im Saibacher Bezirks, gebürtige sechzigjährige Einwohnerin Namens Anna Gorenčan, die vorgestern nach Saibach zu Markte kam, wurde am Rathhausplatz plötzlich von einem heftigen Blutsturze befallen, der ihrem Leben sofort ein Ende machte.

— (Aus dem Schwurgerichtssaale.) Die gestern vormittags vor dem hiesigen Schwurgerichtshof begonnene Verhandlung gegen die des Verbrechens des Hochverrathes angeklagten drei Marquiere aus Triest, zu deren Beginn sich im Zuhörerraum zahlreiches Publikum eingefunden hatte, wurde vom Vorsitzenden mit der Mittheilung eröffnet, daß der Gerichtshof über Antrag der Staatsbehörde beschlossen habe, die Verhandlung, da es sich um die Verbreitung von Proclamationen

Hierauf erklärt der Präsident das Beweisverfahren für geschlossen.

Den Geschwornen wird bezüglich sämtlicher drei Angeklagten eine Hauptfrage, lautend auf das Verbrechen des Diebstahls, sowie je eine Eventualfrage, lautend auf das Verbrechen der Diebstahltheilnahme, gestellt.

Zur Begründung der Anklage erhält StMS. Gerdshiz das Wort. Derselbe betont die Gemeinlichkeit der heute angeklagten Individuen, welche das siebente Gebot Gottes in der verwerflichsten Weise zu mißachten sich zur Aufgabe gestellt haben und eine, besonders für das reisende Publikum, höchst gefährliche Thätigkeit entwickeln. Der Vertreter der Staatsbehörde geht des weitern in die Details der Anklage ein, erklärt den Begriff des Gesellschaftsdiebstahls, widerlegt die falsche Verantwortung der drei Angeklagten, bezeugt den Beweis der Schuld als vollkommen erbracht, und beantragt schließlich, sämtliche Angeklagte durch Bejahung der drei Hauptfragen im Sinne der Anklage schuldig zu erkennen.

Angeklagter Dandler, vom Vorsitzenden befragt, was er auf die Anklage des Staatsanwaltes zu erwidern habe, wendet sich gegen die Geschwornen und hält eine längere pathetische Rede, in welcher er seine Unschuld nachzuweisen sucht. Am Schlusse derselben verdächtigt er den Zeugen Büchler, als habe derselbe falsch geschworen, infolge dessen ihm der Präsident eine Rüge erteilt und das Wort entzieht.

Angeklagter Glanz, seine Vertretung seinem Verteidiger überlassend, erzählt, daß er früher Mitglied einer Kunststreitergesellschaft war, und bietet sich zum Beweise dafür an, gleich im Gerichtssaale einen salto mortale zu producieren, was der Präsident jedoch ablehnt.

Verteidiger Brolch (für Glanz) sucht die Nichtschuld seines Klienten nachzuweisen. Derselbe sei nicht in Gesellschaft der übrigen Angeklagten gewesen, sondern allein auf dem Perron auf- und abgegangen. Wenn man behaupte, Glanz habe das Geld gestohlen und unter die übrigen verteilt, wie komme es dann, daß er den geringsten Geldebetrug, nämlich nur 40 fl., für sich behielt? Schließlich betont der Verteidiger die Jugend, vernachlässigte Erziehung und Besserungsfähigkeit seines Klienten.

Dr. Barnik (für Dandler) erklärt, daß auch der ehrenhafteste Mann zu bedauern sei, wenn er auf die Anklagebank komme, da ihm dann niemand glaube, wenn er auch die Wahrheit spricht. Die Strafprozeßordnung sei in dem Punkte, daß das Vorleben des Angeklagten in den Kreis der Debatte gezogen werden darf, was in England nicht der Fall ist, mangelhaft. Redner kritisiert die Praxis der Polizeiblätter und glaubt, die anonyme Anzeige sei nur erfolgt, um die Laibacher Polizei zu dupieren, denn diese lenkte ihre ganze Aufmerksamkeit auf die notifizierten Personen, während die übrigen Taschendiebe infolge dessen sorglos stehlen konnten. Die Aussage des Zeugen Büchler hält Dr. Barnik für sehr bedenklich. Er findet es auffällig, daß dieser gleich nach verübtem Diebstahle niemanden im Verdachte hatte und erst, als er bei den Angeklagten im Inspektionzimmer Geld sah, diese als die Thäter bezeichnete. In ähnlicher Weise kritisiert der Verteidiger auch die übrigen Zeugen, ausfragen und Details des Strafverfahrens und plaidiert schließlich, da angeblich kein Beweis für die Schuld seines Klienten erbracht sei, für die Schuldsprechung desselben.

Verteidiger Dr. Mosché (für Markus) weist darauf hin, daß sich die Aufgabe der Geschwornen lediglich darauf beschränke, zu untersuchen, ob die Angeklagten die angeschuldigte That begangen haben oder nicht, während das Moment ihrer eventuell bemakelten Vergangenheit gar nicht in Betracht zu kommen habe. Der Verteidiger bemerkt schließlich, der Vertreter der Staatsbehörde habe an die Geschwornen mit den Worten appelliert, sie möchten bei ihrem Wahrspruche auf die Gesellschaft Rücksicht nehmen, die durch solche Individuen

gefährdet werde; dem gegenüber glaubt Redner es auszusprechen zu können, daß auch die Gesellschaft gefährdet werde, wenn man alles, was schlecht war, selbst ohne Beweise verurtheile, bloß deswegen, weil es einmal schlecht gewesen sei. Nach der Replik des Staatsanwaltes und der Duplik der drei Verteidiger schreitet der Präsident zum Resumé und führt in demselben den Geschwornen ein klares Bild der ganzen Verhandlung vor Augen.

Die Geschwornen ziehen sich hierauf zur Beratung zurück; nach einer halben Stunde verkündet deren Obmann, Dr. Mencinger, den Wahrspruch, wonach alle drei auf die Schuld der Angeklagten gerichteten Hauptfragen mit 11 gegen 1 Stimme bejaht wurden, infolge dessen die Eventualfragen entfallen.

Auf Grund dieses Erkenntnisses verurtheilt der Gerichtshof die Angeklagten: Dandler zu acht, Markus zu sieben und Glanz zu sechs Jahren schweren Kerkers, verschärft mit je einem Fasttage in jedem Monate, sowie zum Ersatze der Strafprozeßkosten. Die Verurtheilten behielten sich die Berufung gegen das Strafausmaß vor. Der Verhandlung hatte ununterbrochen ein sehr zahlreiches Auditorium angewohnt.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 28. November. Der „Pol. Korr.“ zufolge geht Ghazi Muxhtar demnächst in besonderer Spezialmission nach Athen, um Griechenland gegen den Verzicht auf Janina und Trikala ein Schutz- und Trutzbündnis zur gemeinsamen Abwehr der europäischen aggressiven Tendenzen anzubieten. — Die Wahl des Bulgarenfürsten findet am 1. Jänner t. J. statt. Kandidaten sind: Ignatieff, Wafiltschikoff und die Prinzen Reuß und Battenberg.

Budapest, 28. November. In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation zog Graf Andrássy die Nachtrag-Kreditsvorlage anlässlich der Occupation pro 1878 zurück.

Berlin, 28. November. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge treffen Sonntags Bajant und Matleovic als austro-ungarische Bevollmächtigte zu den Handelsvertrags-Verhandlungen hier ein.

Prag, 27. November. Se. kaiserliche Hoheit der Kronprinz Erzherzog Rudolf wird bei der heutigen Jagd in Münchengrätz von dem durch ihn berufenen Prof. Brehm begleitet. Von der Statthalterei wurde Sr. kaiserlichen Hoheit ein tüchtiger Stenograph zur Dienstleistung bei höchstdehnen wissenschaftlichen Arbeiten zugewiesen.

Prag, 27. November. (Presse.) Der Stellvertreter des Landeskommandierenden und die Generalität lehnten die Theilnahme bei der Einweihung der neuen Podskatbrücke, die nach Palacky statt nach dem Kronprinzen Rudolf genannt werden soll, und bei der ausschließlich czechisch-nationalen Gedächtnisfeier Karls IV. ab. Den Militärbehörden und Offizieren wurde die Theilnahme untersagt; die betreffenden Einladungskarten des Bürgermeisteramtes wurden vom Generalkommando nicht weitergegeben.

Graz, 27. November. Der Majoratsherr Graf Ferdinand Attems, Herrenhausmitglied, ist heute nachmittags, 69 Jahre alt, hier gestorben. Der Majoratserbe ist Graf Ignaz Attems, Obmann des deutschen Vereins.

Pest, 27. November. (Presse.) Gestern abends um 10¹/₄ Uhr explodierte in Ofen im Gäßchen zwischen dem Festungstheater und dem Ministerpalais ein Feuerwerkskörper mit so heftiger Detonation, daß die Militärpatrouille aus der Ferdinandskaserne herbeirückte, um die Ursache zu erforschen. Man fand eine starke Hülse aus schwarzem Papier; angeblich war dieselbe mit Dynamit gefüllt gewesen. Die Nachforschungen ergaben bisher keinen Anhaltspunkt über die Veranstalter des Vorfalles. Der Vorfall erregte

Auffehen, und bald erschienen Neugierige auf dem Platze. Im Ministerpräsidiums-Palais war Gesellschaft, welcher mehrere Delegierte und Graf Andrássy bewohnten. Natürlich wurde die Unterhaltung durch das Vorkommnis unangenehm unterbrochen.

Hamburg, 27. November. Die Rettung des Kapitäns Schwensen von der „Pommerania“ bestätigt sich. Derselbe wurde durch den Dampfer „City of Amsterdam“ aufgefischt und in Maasshus gelandet. Schwensen jagt, ein anderer Dampfer war in der Nähe des Schauplatzes der Katastrophe und nahm, wie er glaubt, etwa 60 Personen auf. Zwei angetriebene Rettungsboote der „Pommerania“ wurden nach Boulogne zur Reparatur gebracht. Die Barke „Noel-Gilian“, welche mit eingedrücktem Bug in Follestone eingelaufen, kann Dover nicht erreichen. Die Passagiere bejaßen 20,000 Dollars, welche verloren gingen; auch die deutsche Post ging verloren.

Rom, 26. November. Die Nachricht, daß bei Capua unter die Schienen Dynamit gelegt wurde, entbehrt der Begründung. Die Gerichte von der Ermordung mehrerer Syndici und vom Ausbruch einer Revolution an mehreren Punkten ist erfunden.

London, 28. November. Eine Extraausgabe der Amtszeitung veröffentlicht die Verordnung, welche das Parlament zur Erledigung dringender wichtiger Geschäfte auf den 5. Dezember einberuft.

Konstantinopel, 28. November. Said Pascha, der ehemalige Sekretär des Sultans, wurde zum Minister der Zivilliste, Ahmed Muxhtar zum Kommandanten der Armee im Epirus ernannt.

Bukarest, 27. November. (N. fr. Pr.) Das amtliche Blatt veröffentlicht die am 25. November zwischen dem rumänischen Minister des Aeußern und dem russischen Ministerresidenten Baron Stuart getauschten Noten, nach welchen die bestehende Durchzugs-Convention für die alten rumänischen Provinzen conform dem Berliner Vertrage auch auf die Dobrußa Anwendung finden wird.

Telegrafischer Wechselkurs

vom 28. November.

Papier-Rente 61¹/₂. — Silber-Rente 62²/₀. — Gold-Rente 71⁵/₀. — 1860er Staats-Anlehen 112⁵/₀. — Bank-Aktien 790. — Kredit-Aktien 226²/₀. — London 116⁵/₀. — Silber 100[—]. — R. t. Münz-Dukaten 5⁵/₆. — 20-Franken-Stück 9³/₂. — 100 Reichsmark 57⁶/₀.

Angekommene Fremde.

Am 27. November.

Hotel Stadt Wien. Lofer, Führer, Gottschee. — Jusi, Krulshaus und Gawilger, Kaufleute, Wien. — Rainda, Kfm., Laibach. — Hotel Elephant. Thurnherz, Werkführer, Schneeberg. — Wiggler, ranzi, Triest. — Wataja, Straßisch. — Haj, Begirbegi, Kronau. — Prashnauer, Gutsbes., Stein. — Wiesner, Kfm., Brünn. — Friedmann, Kfm., Budapest. — Schweiger-Verdenfeld, Cilli. — Mohren. Benuzzi, Lieut., Triest. — Bauer, Grumbel, Pad. — Anna Wislat, Lehrerin, Budapest.

Theater.

Heute (gerader Tag): Der Seeladett. Komische Oper in 3 Akten, mit freier Benützung eines älteren Sujets von F. Zell. Musik von Richard Genée.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Nachricht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
27	7 U. Mg.	732.47	+11.4	SW. schwach	bewölkt	42.20
28	2 „ N.	731.66	+11.6	SW. schwach	bewölkt	Regen
	9 „ Ab.	730.66	+11.4	SW. maß.	Regen	

Morgens und vormittags theilweise heiter, dann zunehmende Bewölkung; abends halb 9 Uhr ein heftiger Windsturm aus SW. mit starkem Regen; Gefährde der Zugvögel in den Lüften. Nachts Regengüsse, morgens nach 4 Uhr grelle Blitze mit fernem Donner. Das Tagesmittel der Wärme + 12⁵/₀, um 10⁵/₀ über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 27. November. (1 Uhr.) Die Börse bewahrte im allgemeinen auch heute ihre abwartende Haltung. Eine Ausnahme machte die Actie der ungarischen Kreditbank, deren Kurs plötzlich pouffiert wurde.

	Gelb	Ware
Papierrente	61.20	61.30
Silberrente	62.30	62.40
Goldrente	71.65	71.75
Loft, 1839	337 [—]	339 [—]
„ 1854	107 [—]	107.25
„ 1860	112.60	112.80
„ 1860 (Fünftel)	122.25	122.50
„ 1864	142.75	143 [—]
Ang. Prämien-Anl.	82.25	82.50
Kredit-A.	163.50	163.75
Rudolfs-A.	14 [—]	14.50
Prämienanl. der Stadt Wien	90.25	90.50
Donau-Regulierungs-Lose	104.90	105.20
Domänen-Pfandbriefe	140 [—]	140.50
Oesterreichische Schatzscheine	97.85	98 [—]
Ang. Operz. Goldrente	83.85	84 [—]
Ang. Eisenbahn-Anl.	98.80	99 [—]
Ang. Schatzbons vom J. 1874	113.25	113.50
Anleihen der Stadtgemeinde Wien in W. B.	95 [—]	95.25

Grundentlastungs-Obligationen.

Böhmen	102.25	102.75
Niederösterreich	104.25	104.75

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 61.20 bis 61.30. Silberrente 62.30 bis 62.40. Goldrente 71.65 bis 71.75. Kredit 227.90 bis 228[—]. Anglo 99[—] bis 99.20. London 116.50 bis 116.90. Napoleons 9.32 bis 9.33. Silber 100[—] bis 100[—].

	Gelb	Ware
Galizien	84 [—]	84.50
Siebenbürgen	73.75	74.25
Temeser Banat	74.75	75.50
Ungarn	78.50	79.50

Actien von Banken.

	Gelb	Ware
Anglo-Osterr. Bank	99 [—]	98.25
Kreditanstalt	228 [—]	228.10
Depositenbank	160 [—]	162 [—]
Kreditanstalt, ungar.	212 [—]	212.25
Nationalbank	792 [—]	794 [—]
Unionbank	68 [—]	68.25
Verkehrsbank	100 [—]	101 [—]
Wiener Bankverein	105 [—]	105.25

Actien von Transport-Unternehmungen.

	Gelb	Ware
Alsb-Bahn	114.50	115 [—]
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	493 [—]	494 [—]
Elisabeth-Westbahn	159.50	160 [—]
Ferdinands-Nordbahn	2010 [—]	2015 [—]
Franz-Joseph-Bahn	129.25	129.50

	Gelb	Ware
Galizische Karl-Ludwig-Bahn	236.25	236.75
Raschau-Oderberger Bahn	101 [—]	101.50
Bemberg-Gzernowitzer Bahn	123 [—]	123.50
Lloyd-Gesellschaft	575 [—]	577 [—]
Osterr. Nordwestbahn	109.75	110 [—]
Rudolfs-Bahn	115.50	116 [—]
Staatsbahn	252.50	253.50
Südbahn	69 [—]	69.50
Therz-Bahn	185.50	186 [—]
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	81 [—]	82 [—]
Ungarische Nordostbahn	112.50	113 [—]
Wiener Tramway-Gesellsch.	159 [—]	159.50

Pfandbriefe.

Allg.öst. Bodenkreditanst. (i. Gb.)	110 [—]	110.50
„ „ (i. B. B.)	93.70	93.90
Nationalbank	99 [—]	99.20
Ang. Bodenkredit-Anst. (B. B.)	93.80	94 [—]

Prioritäts-Obligationen.

Elisabeth-B. 1. Em.	92 [—]	92.50
Ferd.-Nordb. in Silber	103.75	104 [—]
Franz-Joseph-Bahn	85 [—]	85.25
Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	99.75	100 [—]

	Gelb	Ware
Osterr. Nordwest-Bahn	85 [—]	85.25
Siebenbürgen-Bahn	64.25	64.50
Staatsbahn 1. Em.	155.50	156 [—]
Südbahn 3%	110.75	111.25
Südbahn, Bons	95.25	95.50

Devisen.

Auf deutsche Plätze	56.95	57.05
London, kurze Sicht	116.55	116.65
London, lange Sicht	116.90	117 [—]
Paris	46.35	46.40

Geldsorten.

	Gelb	Ware
Dukaten	5 fl. 57	fr. 5 fl. 58
Napoleonsd'or	9 „ 32 ¹ / ₂	9 „ 33
Deutsche Reichsbanknoten	57 „ 65	57 „ 70
Silbergulden	100 „	100 „ 10

Krainische Grundentlastungs-Obligationen. Privatnotierung: Geld 90[—], Ware 99.20.